

Staat in Auflösung

Bald könnte Mossul frei sein. Doch wie soll es mit Irak weitergehen? Seite 3



Grün statt dreckig

Die Autobauer suchen einen Weg aus der Dieselkrise. Seite 9

Foto: 123rf/Andrei Ureche



Gedanken im Akkord

Wie lässt sich Wissensarbeit effizienter gestalten? Forscher zeigen, wie Unternehmen den Büroalltag industrialisieren – mit unterschiedlichen Folgen für Beschäftigte. Seite 10

Foto: imago/ikon Images

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 30. Dezember 2016

71. Jahrgang/Nr. 305 Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Obama, der Bilanzfälscher

Guido Speckmann über die letzten Projekte des US-Präsidenten

Obama und Trump treten sich gegenseitig gegen das Schienbein: Ersterer will Sanktionen gegen Russland und stellt nach der Arktis noch rasch zwei weitere Gebiete unter Naturschutz. Das ärgert den künftigen US-Präsidenten, der die Beziehungen zu Putin verbessern will und von Umweltschutz bekanntlich nichts hält. Und dann ist da noch die Israel-Politik. Via seinem eigenen Fake-News-Kanal, seinem Twitter-Account, holte Trump zurück: Obama erschwere den Amtswechsel im Weißen Haus. Zwar wurde in einem Telefongespräch gute Miene zum bösen Spiel gemacht – doch wohl nur bis zum nächsten Tweet.

Obama will in guter Erinnerung bleiben. Doch in den letzten Tagen seiner Präsidentschaft ist das Bilanzfälschung. Eine Konfrontation mit Russland steht einem Friedensnobelpreisträger nicht gut zu Gesicht. Von der Ausweitung des Drohnenkrieges und dem nicht erfolgten Rückzug aus Afghanistan einmal abgesehen. In acht Jahren hat Obama nur wenig von seinen Versprechen halten können. Guantanamo wurde nicht geschlossen, ein Kapitalismus ohne Krisen ist Zukunftsmusik, rassistische Gewalt, soziale Ungleichheit – sie gibt es immer noch in enormem Ausmaß.

Obamas Versuche, umweltpolitisch durchaus fortschrittliche Pflöcke einzuschlagen, kommen zu spät. Sie sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bilanz seiner Politik insgesamt mager ist. Auch wenn das, was mit Trump kommen mag, noch schlechter werden könnte.

UNTEN LINKS

Das Jahresende ist die Zeit der Bilanzen. Sind sie je miserabler ausgefallen als in diesen Tagen? Wenn man jetzt allerorten die Rückblicke liest, sieht und hört, könnte man annehmen, kein Jahr ginge hier zur Neige, sondern ein Zeitalter. Mindestens. In das Bild der bevorstehenden Apokalypse fügt sich die gefühlte Wahrheit, dass 2016 quasi sämtliche Persönlichkeiten von uns gegangen sind, die diese Welt einst prägten. Von David Bowie bis Fidel Castro – die Toten des Jahres erscheinen nur allzu deutlich als Repräsentanten jener Epoche, die es nun zu verabschieden gilt. Kaum jemand dagegen würdigt die Tatsache, dass auch in diesem Jahr die Zahl der neugeborenen die der verstorbenen Menschen um mindestens 80 Millionen übersteigt. Natürlich gibt es Gründe zu der Annahme, dass aus all den Marias und Alexanders, Abdullahs und Djamilas, Tians und Chen Lus einmal ausnahmslos Populisten, Terroristen und Finanzkapitalisten werden. Aber ausgemacht ist das nicht. mha

ISSN 0323-3375



Erdogan kennt keine Gnade

Prozess gegen Publizistin Asli Erdogan und Co. / Kritischer Journalist verhaftet



Protest zum Prozessauftritt vor dem Gericht in Istanbul: »Die Freiheit der Schriftsteller ist in Gefahr«

Foto: AFP/Ozan Kos

Istanbul. Keine Atempause gibt es für die Kritiker des türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdogan. Am Donnerstag begann in Istanbul ein Prozess gegen die türkische Schriftstellerin Asli Erdogan und acht weitere Angeklagte wird wegen ihrer Mitarbeit bei der pro-kurdischen Zeitung »Özgür Gündem« u.a. »Terror-Propaganda« vorgeworfen. Zwar ordnete das Gericht unter Auflagen die Entlassung der 70-jährigen Erdogan nach 132 Tagen Untersuchungshaft an, dennoch drohen ihr und den Mitangeklagten lebenslange Gefängnisstrafen.

Ebenfalls am Donnerstag wurde der regierungskritische Journalist Ahmet Sik in Istanbul

unter angeblichem Terrorverdacht festgenommen. Die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu meldete, Sik werde Propaganda für die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK und Beleidigung von Staatsorganen vorgeworfen.

Sik gehört zu den prominentesten Kritikern der Bewegung des in den USA lebenden Predigers Fethullah Gülen, den Staatschef Recep Tayyip Erdogan für den Putschversuch Mitte Juli verantwortlich macht. Sein Buch »Die Armee des Imam« wurde 2011 noch vor der Veröffentlichung verboten, er selber saß ein Jahr in Untersuchungshaft. Sik kritisiert aber auch die jahrelange Förderung Gülen

durch die Regierungspartei AKP und vor allem durch Erdogan bis zum öffentlichen Bruch 2013. In einem dpa-Interview hatte Sik Mitte August gefordert: »Fethullah Gülen und Recep Tayyip Erdogan müssen wegen Bildung und Leitung einer Organisation zusammen vor Gericht gestellt werden.« Das droht nun Sik selbst.

Die türkischen Behörden gehen seit dem Putschversuch im Juli verstärkt gegen Regierungskritiker vor: In den vergangenen fünf Monaten wurden über 82 000 Menschen festgenommen und über 41 000 Menschen verhaftet. nd

Seite 6

Kerry hält Wutrede zum Nahostkonflikt

US-Außenminister geißelt die Obstruktionspolitik Israels und wird dafür scharf angegriffen

Der scheidende US-Außenminister erklärte seine Sichtweise auf den Nahostkonflikt und zog sich damit Netanjahus Wut zu.

Von Roland Etzelt

Es hat in John Kerrys knapp 600-tägiger Amtszeit als US-Außenminister wenige Auftritte gegeben, mit denen er Aufsehen erregte. Das mag an seiner meist um diplomatische Contenance bemühten Art gelegen haben, hatte aber wohl auch damit zu tun, dass er in der Machtpyramide von Präsident Obama nicht der Star war wie Amtskollegen vor ihm. Man denke nur an Henry Kissinger.

Wohl deshalb hat Kerrys von ihm als Grundsatzzerklärung deklarierte Rede zum Nahostkonflikt jetzt so viel Aufsehen erregt. Denn es war eine Art Wutrede: drei Wochen vor Amtsende endlich einmal Klartext zu einem Konflikt, mit dem er die ganze Zeit befasst war und in dem er sich ei-

ner verordneten Sichtweise des US-Kongresses unterzuordnen hatte, die er nicht teilt, wie man nun erfährt.

Es geht um die Beurteilung der Politik der israelischen Regierungen unter dem Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und dessen Haltung zu einem Staat Palästina. Einem erst noch zu schaf-

»Israel schafft mit der Siedlungspolitik Tatsachen für eine Einstaatenlösung.«

US-Außenminister Kerry

fenden Staat, was internationale Beschlusslage ist und einst in Worten auch von Netanjahu eingeräumt wurde, der in Wirklichkeit aber alles dafür tat und mehr denn je tut, damit es einen solchen Staat niemals geben wird.

Darüber empörte sich Kerry am Mittwoch erstmals öffentlich und hat sich damit die ungebremste Wut Netanjahus und seiner religiös-fundamentalistischen Regierung zugezogen, die permanenten Landraub auch gegenwärtig wieder als Wohnungsbau ausgibt und Protest dagegen als Terror. Kerry erklärte laut dpa dazu nun u. a.: Die Koalition unter Netanjahu sei »die rechteste Regierung in der Geschichte des Landes«. Sie schaffe mit ihrer Siedlungspolitik Tatsachen für eine Einstaatenlösung. Wenn sie diesen Ansatz wähle, könne Israel »entweder jüdisch oder demokratisch sein, nicht beides«. Er warnte davor, die Zweistaatenoption aufzugeben. »Wir können es nicht erlauben, dass diese Lösung vor unseren Augen zerstört wird.«

Israel glaubt, diese Mahnung jetzt erst recht mit Blick auf den Präsidentenwechsel in den USA barsch zurückweisen zu können. »Wenn die US-Regierung den pa-

lästinensischen Terror so bekämpft hätte wie den Häuserbau in Jerusalem, dann hätte der Frieden vielleicht eine Chance gehabt«, höhnte Premier Netanjahu.

Aus Europa gab es verhaltene Zustimmung für Kerry. Der französische Außenminister Jean-Marc Ayrault und sein deutscher Kollege Frank-Walter Steinmeier begrüßten den Appell für eine Zweistaatenlösung.

Lesen Sie morgen im wochen-nd

Luther, Lenin und die Linken: 500 Jahre Reformation und 100 Jahre Oktoberrevolution – ein nd-Special für den Start ins Jahr 2017

Cyberattacken: USA erwägen Strafen gegen Russland

Wirtschaftssanktionen und diplomatische Schritte geplant

Washington. Der scheidende US-Präsident Barack Obama steht laut einem Bericht kurz davor, wegen des Vorwurfs russischer Hackerangriffe Strafmaßnahmen gegen Moskau zu verhängen. Die Regierung wollte möglicherweise schon am Donnerstagabend eine Reihe von Schritten verkünden, berichtete der Sender CNN unter Berufung auf mit der Sache vertraute Personen. Dazu könnten erweiterte Sanktionen sowie diplomatische Maßnahmen zählen.

Die US-Regierung beschuldigt Russland, hinter einer Reihe von Angriffen auf Computersysteme der Demokraten zu stehen und sich so in die Präsidentschaftswahl eingemischt zu haben, um Donald Trump zum Sieg zu verhelfen. Der Kreml weist die Vorwürfe zurück. Die Enthüllungsplattform Wikileaks hatte im Sommer gehackte E-Mails von Mitgliedern und Mitarbeitern des Parteivorstandes der Demokraten veröffentlicht. dpa/nd

Seite 2

Waffenruhe für Syrien vereinbart

Russland und Türkei vermitteln Einigung mit Oppositionsgruppen

Damaskus. Im Syrien-Krieg haben Russland und die Türkei eine landesweite Waffenruhe zwischen Regierung und Opposition ab diesem Freitag ausgehandelt. Der russische Präsident Wladimir Putin verkündete in Moskau die Einigung zwischen der Regierung von Präsident Baschar al-Assad und mehreren Oppositionsgruppen. Die syrische Regierung und ihre Gegner hätten die Bereitschaft erklärt, Friedensgespräche zu beginnen, sagte Putin nach Angaben russischer Agenturen, aber die »Vereinbarungen sind fragil. Sie brauchen besondere Aufmerksamkeit und Begleitung, um sie zu erhalten und entwickeln.«

Eine Waffenruhe könnte Grundlage für Gespräche sein, bei denen die Türkei und Russland im Januar in der kasachischen Hauptstadt Astana zwischen Vertretern der syrischen Opposition und der syrischen Regierung vermitteln wollen. Die Waffenruhe sollte in der Nacht von Donnerstag auf Freitag um Mitternacht beginnen. Eine zuvor verkündete Waffenruhe ab 24. Dezember konnte nicht durchgesetzt werden. dpa/nd

Video zu Anschlag in Berlin ist echt

Bundesanwaltschaft ließ Landsmann des IS-Terroristen Amri wieder frei

Berlin. Die Ermittler, die den Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt untersuchen, haben die Echtheit eines Videos des mutmaßlichen Attentäters bestätigt. In dem Film bekennt sich Anis Amri zum Islamischen Staat (IS). Auf der knapp dreiminütigen Aufnahme schwört der Terrorist dem selbst ernannten »Kalifen Ibrahim«, also dem Anführer der IS-Miliz Abu Bakr al-Bagdadi, die Treue. Amri wendet sich darin voller Hass gegen die »Kreuzzügler«. Ein am Mittwoch in Berlin vorläufig festgenommener 40-jähriger tunesische Staatsangehöriger ist indessen wieder auf freiem Fuß. Die Bundesanwaltschaft teilte am Donnerstag mit, der Verdacht, dass ihm Amri vor dem Anschlag per Messengerdienst eine Sprachnachricht und ein Foto aus dem Lkw geschickt hat, bestätigte sich nicht.

Bestätigt wurden Betrugsermittlungen gegen Amri. Er bezog im November 2015 mehrfach Sozialleistungen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge führte ihn bewusst unter seinem falschen Namen, um ihn in Sicherheit zu wiegen. nd

Seite 5